



Antwort zur Anfrage Nr. 2177/2010 der CDU-Ortsbeiratsfraktion betreffend **"Smart"-Lebensmittelmarkt (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In o.a. Angelegenheit hat das Büro für Arbeitsmarktförderung in zwei Terminen (20.12.2010 u. 10.02.2011) mit dem Ortsvorsteher, den Vorsitzenden der im Ortsbeirat vertretenen Fraktionen sowie dem Amt für Wirtschaft und Liegenschaften die bestehenden Rahmenbedingungen beleuchtet und mögliche Handlungsszenarien für ein potenzielles Engagement eines sozialen Trägers erörtert sowie die erforderlichen Gespräche mit potenziellen Interessenten geführt.

Eine Ausdehnung der in Frankfurt durch die „Werkstatt Frankfurt“ betriebenen und von der Stadt Frankfurt bezuschussten „Smart“-Märkte auf andere Städte ist aufgrund der satzungsbedingten Aufgaben des Trägers nicht möglich.

Mit drei Mainzer Trägern wurden daher Möglichkeiten eines Betriebs eines arbeitsmarktpolitisch geförderten Lebensmittelmarkts erörtert.

Ein Träger restrukturiert derzeit seine Geschäftsfelder und sieht keine Möglichkeit eines Engagements.

Ein Träger mit Erfahrungen im sozial geförderten Marktbetrieb sieht angesichts der Absagen von mehr als 30 Discountern einen Betrieb nur mit einer dauerhaften Förderung durch die Stadt Mainz als machbar an und geht dabei von mind. 200.000 Euro Zuschuss p.a. aus.

Der dritte Träger kann sich bei derzeit reduzierenden Förderungen (z.B. bei den „1 Euro-Jobs“) durch das Job-Center (aufgrund der Mittelkürzungen durch das BMAS) keine organisatorische Lösung vorstellen, um die für einen Betrieb notwendige Mischung aus verschiedenen Fördermaßnahmen ohne erhebliches Risiko darstellen zu können.

Darüber hinaus wird auf Überlegungen des Bundesfinanzministeriums hingewiesen, im Rahmen der Novellierung der Abgabenordnung (AO) auch die umsatzsteuerliche Behandlung von Integrationsbetrieben zu verschärfen, was zu einer aktuellen Zurückhaltung der Trägerlandschaft bei der Gründung neuer Betriebe führt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es für einen mit ausschließlich arbeitsmarktpolitischen Instrumenten geförderten Betrieb eines Lebensmittelmarktes keine Interessenten unter den bekannten Trägern sozialer Einrichtungen in Mainz gibt, da das betriebswirtschaftliche Risiko unter den o.a. Rahmenbedingungen als zu hoch eingestuft wird.

Eine Lösung für die Nahversorgungsproblematik auf der Römerquelle ist daher hierin nicht gegeben.

Mainz, 23.01.2014

Beutel
Oberbürgermeister